



An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/5889

A06

18 . Oktober 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Remmel MdL um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zu den „Ausführungen des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales zum Haushalt 2022“ gebeten.

Dieser Bitte komme ich hiermit nach und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den anliegenden Bericht an den Vorsitzenden des Ausschusses für Europa und Internationales weiterleiten könnten.

Stw

Stephan Holthoff-Pförtner

Dr. Stephan Holthoff-Pförtner



Bericht des
Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten
sowie Internationales
zum Haushaltsgesetz 2022

**(Bezug: TOP 2 der Sitzung des LT-Ausschusses für Europa und
Internationales am 1. Oktober 2021)**

Einleitung

Der Bericht geht zunächst auf die Ansätze des Haushaltsentwurfs 2022 für die Bereiche Europa und Internationale Angelegenheiten sowie die wichtigsten Punkte der Planungen ein. Darüber hinaus werden die Ansätze der Landesvertretungen in Berlin und in Brüssel, des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit sowie der Haushalt für die Ruhr-Konferenz erläutert.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf ist der letzte der laufenden Legislaturperiode.

Als die Regierung im Sommer 2017 die Geschäfte übernahm, belief sich der Gesamthaushalt für den Bereich Europa auf rd. 1,6 Mio. Euro und der für Internationale Angelegenheiten auf rd. 6,0 Mio. Euro. Seither ist ein sukzessiver Anstieg auf rd. 4,0 Mio. Euro für den Europabereich bzw. rd. 11,0 Mio. Euro für den internationalen Bereich zu verzeichnen. Damit wird die Bedeutung unterstrichen, die die Landesregierung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit beimisst.

Nordrhein-Westfalen hat internationale Interessen, die das Land eigenständig vertritt. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt steht Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den Nationalstaaten der Welt auf Platz 18, in Europa auf Platz 7 und in EU-Europa auf Platz 6. Damit gehen Verpflichtungen und Verantwortung einher. Dieser Verantwortung hat sich die Landesregierung gestellt. Und sie stellt sich ihr stets von Neuem.

Seit Juni 2020 gibt es deshalb einen Europabezug in unserer Landesverfassung. Die Landesregierung versteht ihn als Bekenntnis zu den europäischen Grundprinzipien, zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie als Auftrag, zur Verwirklichung und Entwicklung des geeinten Europas beizutragen.

Deshalb hat die Landesregierung – um nur einige Beispiele zu nennen –

- gerade im für Europa besonders wichtigen Jahr 2019 [Brexit, Neuwahl des Europäischen Parlaments, Bildung einer neuen Europäischen Kommission], als Nordrhein-Westfalen den Vorsitz der EMK innehatte, herausgehobene Projekte gefördert und durch ein verstärktes Informations- und Kommunikationsangebot für Europa geworben;

- den Europagedanken in unserer Gesellschaft, vor allem auch in der jungen Generation, gestärkt (Initiative „Europa erleben und lernen“ und Auszeichnung „Europaaktive Zivilgesellschaft“);
- im Rahmen der bilateralen Beziehungen die Verbindungen zu Frankreich, Großbritannien, Polen, Belgien, den Niederlanden und der Benelux-Union ausgebaut;
- in Tel Aviv ein eigenes Landesbüro eröffnet, das die bilateralen Kooperationen in so verschiedenen Bereichen wie Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur auf eine ganz neue Ebene hebt;
- die internationalen Partnerschaften gestärkt (Hauts-de-France, Schlesien, Japan, Ghana) und um neue erweitert (Nordmazedonien);
- eigene entwicklungspolitische Schwerpunkte erarbeitet, die einen Beitrag dazu leisten sollen, dass Menschen auch in anderen Ländern die Chance zum Aufstieg haben, um ihr Leben selbst gestalten zu können;
- den internationalen Standort Bonn mit Neuansiedlungen gestärkt.

Die Zahlen der Haushaltsanmeldungen 2022 liegen Ihnen vor. Der Gesamtansatz 2022 des Ergebnis- und Transferhaushalts für Europa und Internationale Angelegenheiten weist gegenüber dem Gesamtansatz 2021 ein Mehr von rd. 0,37 Mio. Euro auf.

Der Ansatz für beide Landesvertretungen (Titelgruppen 80 LV Bund und 90 LV EU) ist gegenüber 2021 um rd. 0,04 Mio. Euro geringer.

Der Ansatz für die Ruhr-Konferenz reduziert sich gegenüber 2021 um 160.000 Euro.

Europa

Von den Gesamtmitteln entfallen auf den Bereich Europa rd. 4,0 Mio. Euro (3.999.800 Euro). Das entspricht einem Mehr gegenüber dem Vorjahr von rd. 0,2 Mio. Euro (235.000 Euro).

Als größte Region im Zentrum Europas sieht die Landesregierung es weiterhin als eine ihrer prioritären Aufgaben, einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung der Europäischen Union, des europäischen Gedankens und der Akzeptanz der Europäischen Union zu leisten. Die Erhöhung des Gesamtansatzes der Europa-Mittel ergibt sich in erster Linie aus zusätzlichen Haushaltsmitteln zur Durchführung eines Frankreichjahres 2021/2022 sowie zur Unterstützung von Wettbewerben zur Europabildung. Finanziert werden zudem zusätzliche Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Brexit stehen, insbesondere zur Abmilderung der Folgen sowie Schüleraustausche (sog. Begegnungsmaßnahmen) mit dem Vereinigten Königreich.

Seit Jahrzehnten arbeitet Nordrhein-Westfalen mit anderen europäischen Regionen zusammen und unterstützt die grenzüberschreitende Kooperation. Diese enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit bewährt sich gerade in der Covid-19-Pandemie. Nur allmählich konnten physische Treffen wiederaufgenommen werden. Lebendig und intensiv blieben aber der Austausch und die Zusammenarbeit durch digitale Formate.

Die Landesregierung wird dem mit ihrem Angebot auch künftig Rechnung tragen und über die Pandemie hinaus neben Präsenz-Angeboten auch digitale Formate etablieren.

Exemplarisch für die Europaaktivitäten der Landesregierung werden folgende wichtige Maßnahmen genannt:

- Das Frankreich-Polen-Nordrhein-Westfalen-Jahr mit seinen vielfältigen zivilgesellschaftlichen, kulturellen und politischen Formaten, das bis Mitte 2022 fortgesetzt wird.
- Nordrhein-Westfalen wird im Jahr 2022 Ausrichter der vierten Grenzlandkonferenz mit unserem Partner, den Niederlanden, sein. Am 30. September 2021 fand die dritte Grenzlandkonferenz in Enschede statt. Das

Format nimmt inzwischen eine zentrale Funktion in der gemeinsamen Arbeit Nordrhein-Westfalens mit den Niederlanden ein.

- Die Landesregierung engagiert sich in besonderer Weise für die Konferenz zur Zukunft Europas. Als einer von insgesamt 18 AdR-Vertretern ist Staatssekretär Dr. Speich Mitglied in der Plenarversammlung. Die Landesregierung fördert aktiv die Bürgerdialoge und setzt darauf, dass die Konferenz das Momentum für eine Reform der EU schafft. Die Landesregierung setzt sich zudem dafür ein, die Stimme der Regionen in Europa besser hörbar zu machen.
- Um insbesondere auch Jugendliche ohne expliziten Europabezug zu erreichen, setzt das Pilotprojekt „EU-Jugendbotschafter@school“ auf einen Peer-to-Peer-Ansatz. Junge EU-Botschafter/innen werden an 8. bis 10. Klassen an Haupt- und Realschulen entsendet, um die europäische Idee zu kommunizieren und weiterzutragen sowie die Reflektion über das eigene Erleben von Europa anzustoßen.
- Mit der italienischen Region Piemont laufen Gespräche über eine künftige Kooperation. Hier orientiert sich die Landesregierung grundsätzlich an der sehr erfolgreichen Zusammenarbeit mit Hauts-de-France und Schlesien.

Die engen Beziehungen zum Vereinigten Königreich sollen neben Austauschmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler (sog. Begegnungsmaßnahmen) auch mittels des 2021 erstmals ausgelobten Jugendaustauschwettbewerbs „Team Up! Jugendaustausch NRW-Großbritannien“ gefördert und unterstützt. Dieser Wettbewerb nimmt besonders innovative und kreative Projekte von Jugendlichen in den Blick.

Internationale Angelegenheiten

Auf den Bereich Internationale Angelegenheiten entfallen von den vorgenannten Gesamtmitteln 10,9 Mio. Euro (10.918.000 Euro). Das entspricht einem Mehr gegenüber dem Vorjahr von rd. 0,13 Mio. Euro (130.000 Euro).

Die Erhöhung des Gesamtansatzes ist im Wesentlichen erforderlich für den Studiengang European Studies an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, für Projekte zur Stärkung der Beziehungen zu Nordamerika sowie für Steigerungen bei den Personal- und Sachkosten der Promotorinnen und Promotoren der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit (in Anlehnung an die Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes).

Die Landesregierung setzt sich – gerade mit Blick auf unsere historische Verantwortung – ganz besonders für Verständigung und Versöhnung mit Israel ein. Neben der vornehmlichen Förderung von Austausch und Begegnung werden die Beziehungen auch zunehmend von gemeinsamen zukunftsgerichteten Interessen geprägt. Die Aktivitäten des Landesbüros für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Tel Aviv und damit die Stärkung der Präsenz Nordrhein-Westfalens in Israel stellen auch im Jahr 2022 einen Schwerpunkt der internationalen Aktivitäten des Landes dar.

Die Landesregierung möchte die Beziehungen zu den USA, gerade auf Ebene der Bundesstaaten, weiter vertiefen, insbesondere in den Feldern Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft. Die Zusammenarbeit mit dem US-Bundesstaat Pennsylvania wurde wiederaufgenommen. Noch in diesem Jahr soll eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet werden. Auch mit dem US-Bundesstaat New Jersey und der kanadischen Provinz British Columbia laufen Gespräche über eine Kooperation.

Ziel der langjährigen Partnerschaft mit Ghana ist es, den Kontakt und die Zusammenarbeit zwischen Menschen, Vereinen und Institutionen aus Nordrhein-Westfalen und Ghana zu stärken. Es ist geplant, im Jahr 2022 mit erhöhter Priorität auch Kooperationen im Gesundheitsbereich infolge der Corona-Pandemie zu unterstützen.

Die Landesregierung beabsichtigt, die Beziehungen zum westlichen Balkan weiter auszubauen. Hintergrund dieser Entscheidung ist die feste Überzeugung, dass die

EU-Perspektive und langfristig der Beitritt dieser Länder im politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interesse Nordrhein-Westfalens liegen. Deshalb wird diesen Ländern auch die Partizipation am sogenannten Auslandsprogramm und somit die Förderung entwicklungspolitischer Kooperationsprojekte ermöglicht. Des Weiteren ist Nordrhein-Westfalen eine Partnerschaft mit Nordmazedonien eingegangen und möchte u.a. den Transformationsprozess Nordmazedoniens unterstützen, der für eine geplante EU-Anbindung von entscheidender Bedeutung ist.

In den arabischen Ländern werden geographische Schwerpunkte bei Jordanien, Ägypten, Libanon und Marokko gesetzt. Mit Jordanien und Ägypten konnte ein Pilotprojekt zu dem in Kraft getretenen Fachkräfte-Einwanderungsgesetz initiiert werden. KMU des Elektrohandwerks in Jordanien und Ägypten werden bei der Fachkräftesuche unterstützt. Fachkräften aus Jordanien und Ägypten wird die Arbeitsaufnahme in Nordrhein-Westfalen ermöglicht.

Die Nordrhein-Westfälische Akademie für Internationale Politik wurde am 25. August 2021 in Anwesenheit von Herrn Ministerpräsident Laschet, dem Präsidenten der Republik Ghana, Nana Addo Dankwa Akufo-Addo, und dem luxemburgischen Außenminister und Minister für Immigration und Asyl, Jean Asselborn, feierlich eröffnet. Zeitgleich fand das erste wissenschaftliche Format der Akademie, die Summer Academy „Artificial Intelligence and International Politics“, statt. Durch die Arbeit der Akademie wird die Rolle Nordrhein-Westfalens als internationaler Akteur und Impulsgeber für internationale Fragen weiter gestärkt.

Die Finanzierung von Stipendien für Studierende des Masterstudiengangs „European Studies“ der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf bleibt auch im Jahr 2022 ein Anliegen. Der Studiengang bringt Studierende aus Israel, den Palästinensischen Gebieten und Jordanien in der Landeshauptstadt zusammen.

Die Bundesstadt Bonn wird dadurch unterstützt, dass Projekte und Konferenzformate gefördert werden, die Bonn als UN- und internationalen Nachhaltigkeitsstandort stärken, profilieren und weiter ausbauen. Dazu gehört auch die Unterstützung der Landesregierung bei entsprechenden Ansiedlungsverfahren. Ein erfolgreich abgeschlossenes Verfahren ist die Ansiedlung des Zentrums für Mittelfristige Wettervorhersage (EZMW) und die damit verbundene Übernahme der Umzugskosten für die rd. 110 Beschäftigten im Zeitraum 2021 bis 2023.

Landesvertretungen

a. Landesvertretung in Berlin

Analysieren, Artikulieren, Repräsentieren. Mit diesen drei Schlagworten lassen sich die Aufgaben der Landesvertretung in Berlin, der „Botschaft des Westens“, umreißen. Ob Kohleausstieg und Klimaschutz, Maßnahmen gegen die Pandemie, Ganztagsbetreuung oder Fluthilfe: Wesentliche und Nordrhein-Westfalen im Kern betreffende politische Entscheidungen und Weichenstellungen werden in Berlin vom Bundesgesetzgeber getroffen und vorgenommen.

Für die Landesregierung ist die Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung im Bundesrat daher nicht nur eine grundgesetzlich gebotene Pflicht, sondern ein politisch notwendiger Auftrag. Präsenz und Einfluss im Bund liegen im ureigenen Interesse des Landes. Und diesen Einfluss stellt die Landesregierung sicher. Mit der Landesvertretung beim Bund besteht eine effektiv und professionell arbeitende Einrichtung, die die Landesregierung in diesem Anliegen tatkräftig unterstützt – vor Ort und in unmittelbarem Austausch mit der Bundesregierung, dem Bundesrat und anderen Ländern. Daneben setzt sie europapolitische Akzente und bietet die Bühne für den Austausch mit unseren europäischen und anderen internationalen Partnern und Akteuren der Zivilgesellschaft.

Veranstaltungen in Berlin

Auch in Zeiten der Pandemie bleibt die „Botschaft des Westens“ in Berlin eine gefragte Anlaufstelle für Veranstaltungen und Begegnungen – wo immer dies möglich war und ist. Dabei geht es um zweierlei: die breite Vielfalt des Landes Nordrhein-Westfalen zu repräsentieren, seine Stärken in der Wirtschaft, der Wissenschaft, in Gesellschaft und Kultur und seine Regionen. Aber auch: gesellschaftlich bedeutsame und relevant werdende Themen und Entwicklungen frühzeitig aufzugreifen und mit wichtigen Akteuren, Experten und Betroffenen zu diskutieren.

Das Land verfolgt mit der Landesvertretung in Berlin den Anspruch, in Zusammenarbeit mit anderen Ländern, dem Bund sowie den europäischen Nachbarn auf der Grundlage tief verwurzelter westlicher Werte auch die Weiterentwicklung kultureller, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Fragestellungen führend voranzubringen. Die Landesvertretung versteht sich dabei

als Botschaft des Westens und bietet Raum für Austausch, Dialog, Ideenfindung und Initiierung politischer Projekte.

Mit einem Ansatz von insgesamt 8.088.500 Euro (minus 8.000 Euro) bleiben die Mittel für die Landesvertretung in Berlin gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Mit Veranstaltungen setzt die Landesvertretung besondere Akzente in Berlin, flankiert so die Arbeit in den politischen Gremien, gibt die breite Vielfalt des Landes wieder und bietet ein Schaufenster nach Nordrhein-Westfalen. Die Landesvertretung ist dabei ein Ort der politischen Diskussion relevanter Themen. Veranstaltungen und Ausstellungen bieten die Gelegenheit, Aufmerksamkeit für Nordrhein-Westfalen zu erzeugen und mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ins Gespräch zu kommen. Hierzu werden die vorhandenen Veranstaltungsformate kontinuierlich weiterentwickelt und neue Gesprächsformate geschaffen. Insbesondere die erfolgreich etablierten Diskussionsreihen „Die Zukunft des Westens“, „Europa prospektiv“ und die digitale Reihe „digital.talk NRW – Zurück in die Zukunft“ sollen weitergeführt werden.

Durch die Übernahme des jährlich wechselnden Vorsitzes der Ministerpräsidentenkonferenz am 1. Oktober kommt der Landesvertretung bis Oktober 2022 eine weitere zusätzliche Bedeutung als Tagungsort von Sitzungen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, der Tagungen der Chefinnen und Chefs der Staatskanzleien und weiterer Fachgremien und Sondersitzungen der MPK zu.

Für Veranstaltungen sind Mittel in gleicher Höhe wie beim Ansatz des Vorjahres vorgesehen, nämlich 459.400 Euro.

Dies umfasst auch Mittel für die Betreuung von Besuchergruppen. Es ist zu hoffen, dass mit dem Abebben der Pandemie Besuchergruppen wieder in der Landesvertretung empfangen werden können. Vor der Pandemie waren es jährlich rund 30.000 Besucherinnen und Besucher: Schülerinnen und Schüler, Studierende, Gruppen des Bundespresseamtes und zahlreiche Einzelgruppen. Die Vermittlung von Landesidentität sowie der Einblick in Rollen und politische Entscheidungsprozesse auf Bundesebene treffen üblicherweise auf großes Interesse und Resonanz. Sobald die pandemische Lage es wieder ermöglicht, soll diese wichtige Aufgabe wieder wahrgenommen werden.

Öffentlichkeitsarbeit in Berlin

Dialog, Austausch, Ideenfindung sowie Teilhabe und Teilnahme finden heute regelmäßig auch im Netz statt. Die Landesvertretung hat daher die Sichtbarkeit der Aktivitäten in den Sozialen Netzwerken deutlich ausgebaut und wird diesen Weg weitergehen. In punkto Vielfalt, Aktualität und Follower-Zahl ist Nordrhein-Westfalen in Berlin mit seinem Angebot im Ländervergleich absolut führend. Diese Position soll auch im kommenden Jahr gehalten und weiterentwickelt werden.

Die Landesvertretung verfolgt mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit das Ziel, die politischen Anliegen und Entscheidungen der Landesregierung beim Bund deutlich erkennbar zu vermitteln. Dazu bedient sie allen gängigen Kanäle von ihrer Webseite über einen Newsletter und die gängigen Social-Media-Kanäle bis hin zu Flyern und Printbeiträgen.

Mit Pressekonferenzen, Presse-Statements und Hintergrundgesprächen (etwa aus Anlass der Bundesratssitzungen) schafft das Land Gelegenheiten für Journalistinnen und Journalisten, die Positionen des Landes auf der Berliner Bühne zu erfahren und sich mit Mitgliedern der Landesregierung vor Ort austauschen zu können.

Auch bei der Öffentlichkeitsarbeit soll der Ansatz 2022 mit 84.600 Euro im Vergleich zum Vorjahr unverändert bleiben.

b. Landesvertretung in Brüssel

Die Vertretung Nordrhein-Westfalens bei der Europäischen Union repräsentiert das Land auf europäischer Ebene. Sie wird auch im kommenden Jahr die nordrhein-westfälischen Interessen und Positionen in den europäischen Entscheidungsprozess einbringen.

Für das Jahr 2022 sind dafür Mittel in Höhe von 4.724.000 Euro vorgesehen. Das sind 29.000 Euro weniger als im Vorjahr.

Dieses Weniger resultiert daraus, dass im Vorjahr zusätzliche Mittel für einmalige technische Ersatzbeschaffungen bzw. bauliche Investitionen vorgesehen waren. Im Übrigen bleiben die Ansätze gleich.

Durch die immer engeren Verflechtungen zwischen regionaler, nationaler und europäischer Ebene gewinnen die Aufgaben der Landesvertretung stetig an Bedeutung. Die Referentinnen und Referenten der Landesvertretung berichten ihren Ressorts und der Staatskanzlei fortlaufend über die aktuellen europapolitischen Prozesse und Ereignisse, den Fortgang der EU-Gesetzgebung und anderer europäischer Initiativen.

Nordrhein-Westfalen wird durch Herrn Staatssekretär Dr. Mark Speich auch im Jahr 2022 den Vorsitz der deutschen Delegation beim Europäischen Ausschuss der Regionen innehaben. Die damit verbundenen Koordinierungs- und Sekretariatsaufgaben werden von der Landesvertretung aus wahrgenommen.

Für die Landesvertretung bleibt auch eine zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit unerlässlich. Für das Jahr 2022 wird erwartet, dass nach Überwindung der Pandemie die Zahl der Besuchergruppen wieder stark steigen wird. Die Landesvertretung wird zudem ihre analoge und digitalisierte Öffentlichkeitsarbeit kontinuierlich ausbauen, um ihre Zielgruppen effektiv und effizient zu erreichen, z.B. über den eigenen Twitter Account oder den Youtube-Kanal der Landesvertretung.

Die Vertretung des Landes bei der Europäischen Union soll auch weiterhin eine renommierte Plattform bleiben: für Arbeitstreffen und Veranstaltungen zu fachpolitischen Themenstellungen, europäischen Grundsatzfragen und auch Kulturveranstaltungen, die die Europafähigkeit und Vielfältigkeit des Landes vermitteln.

Dieser Prozess erfährt durch die Digitalisierung derzeit eine maßgebliche Veränderung. Mit der digitalisierten Verbreitung der hochwertigen Inhalte der Veranstaltungen können neue Zielgruppen und größere Personenzahlen erreicht werden. Damit steigen aber auch die technische Komplexität und die Kosten für die einzelnen Events, weil neben die regulären Ausgaben nunmehr Ausgaben für digitale Dienstleistungen (Aufnahmetechnik, Distribution per Youtube u.ä.) hinzutreten. Zudem ist die Konferenztechnik (Hard- und Software) in den Veranstaltungsräumen kontinuierlich den Anforderungen der Digitalisierung anzupassen. Schließlich müssen die Räumlichkeiten stets funktionsfähig und repräsentativ gehalten werden.

Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch- französische Zusammenarbeit / kurz: Deutsch-Französischer Kulturbevollmächtigter

2022 wird für Nordrhein-Westfalen das regulär letzte Mandatsjahr des Deutsch-Französischen Kulturbevollmächtigten sein. Hierfür sind, wie in den vergangenen drei Jahren, 150.000 Euro veranschlagt.

Mit den am 13. und 14. September 2021 in der Landesvertretung in Berlin organisierten Veranstaltungen zur Förderung der französischen Sprache wurden nunmehr in allen Bereichen, die der Bevollmächtigte, Ministerpräsident Armin Laschet, 2018 als Schwerpunktthemen seines Mandats ausgerufen hatte, wichtige Impulse gesetzt und nachhaltige Erfolge erzielt, die nun konsolidiert und vollendet werden.

Es ist eine Vielzahl von Themen und Maßnahmen aus den Bereichen allgemeinbildendes Schulwesen, berufliche Bildung, Kultur- und Medienpolitik, die der Bevollmächtigte und sein Büro II, insbesondere im Kontext des Vertrages von Aachen vorangebracht haben und noch voranbringen werden, bevor in der zweiten Jahreshälfte die feierliche Übergabe an den nächsten Mandatsträger erfolgt.

Ruhr-Konferenz

Die Federführung für die Ruhr-Konferenz liegt ebenfalls beim Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales. Die Projekte liegen in der Verantwortung der Ressorts und werden bei Bedarf in den Fachausschüssen erörtert. Im Folgenden wird ein Gesamtüberblick über die Arbeit der Ruhr-Konferenz gegeben.

Von den 73 Projekten, die in den Themenforen entwickelt wurden und die vor zwei Jahren beschlossen wurden, sind 55 in der Umsetzung, eines ist bereits abgeschlossen. Bei 17 Projekten werden noch Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit geprüft.

2020 und 2021 sind rund 140 Mio. Euro an Landesmitteln in die Projekte geflossen. Das soll sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen. 75 Mio. Euro werden für die

gemeinsamen Research Center und das College der drei Universitäten im Ruhrgebiet bereitstehen.

Wie im vergangenen Jahr wird es wieder einen Fortschrittsbericht geben. In dem Bericht werden auch Porträts der ersten Partnerprojekte enthalten sein. Kommunen, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Unternehmen bieten Projekte an, die sie eigenständig, aber unter der Marke Ruhr-Konferenz umsetzen wollen, um so von der Vernetzung und der Sichtbarkeit zu profitieren.

Die genannten, für die Projektrealisierung eingesetzten Summen stammen aus den Einzeletats der Ministerien, die für das jeweilige Projekt verantwortlich sind. Diese gehören zum Gesamtbild, tauchen im zu beratenden Einzelplan aber gar nicht auf.

Die Staatskanzlei koordiniert lediglich, kümmert sich um Veranstaltungen, um die Kommunikation, um die Fortschrittsberichte, die Partnerprojekte und Vieles mehr.

Dafür wurden für das nächste Jahr 850.000 Euro eingeplant. Das sind 160.000 Euro weniger als im laufenden Jahr, weil nach der intensiven Aufbauphase der Ruhr-Konferenz nicht mehr ganz so viele Ressourcen benötigt werden. Das Büro in Essen wird aufgegeben und befristete Arbeitsverträge laufen während des Jahres aus.

Die Landesregierung hat immer betont, dass die Ruhr-Konferenz weitergeht, auch über das Ende der Legislaturperiode hinaus. Das ist allein schon durch die Laufzeit der meisten Projekte gegeben. Aber der Prozess geht auch weiter, weil aus der Vernetzung neue Initiativen entstanden sind, die den Veränderungsprozess weiter betreiben werden.

Weil es für diesen Ausschuss von besonderem Interesse ist, soll auch auf die internationale Aufmerksamkeit hingewiesen werden, die die Ruhr-Konferenz erfreulicherweise erfährt.

Zum Beispiel haben die University of Michigan, das Chicago Council on Global Affairs sowie die Georgetown University in Washington ein transatlantisches Netzwerk von Wissenschaft und Politik ins Leben gerufen, das sich mit der Transformation von Industrieregionen befasst, von den USA und Kanada über England und Frankreich bis nach Polen und Deutschland.

Dazu gab es im Mai 2021 ein internationales Online-Symposium, zu dem auch die Ruhr-Konferenz eingeladen wurde und wo Herr Staatssekretär Dr. Speich den Ansatz für regionale Transformation vorgestellt hat.

Auch der Bürgermeister des Städteverbands Greater Manchester zählte zu den Teilnehmern. Aus Greater Manchester kam die Anregung, ob es nicht eine Partnerschaft mit der Metropole Ruhr geben könne.

Die Gespräche dazu hat die Ruhr-Konferenz gerne vermittelt, und gerade im Jubiläumsjahr der Gründung Nordrhein-Westfalens ist es ein großartiges Signal, dass schon am 3. September 2021 in Essen die Absichtserklärung für die Partnerschaft zwischen Greater Manchester und dem RVR unterzeichnet wurde. Bürgermeister Burnham war dabei, und seine Delegation hat – auf Einladung der Ruhr-Konferenz – einen Tag lang Zukunftsprojekte im Ruhrgebiet besucht.

Die internationale Vernetzung der Chancenregion bekommt also auch durch die Ruhr-Konferenz Impulse. Das wird im September 2022 durch den Metropolitan Innovation Summit fortgesetzt, dessen Organisation federführend bei Herrn Staatssekretär Dr. Speich liegt.